

29.01.96**Empfehlungen
der Ausschüsse**EU - In - VP - Wizu **Punkt** der 693. Sitzung des Bundesrates am 09. Februar 1996

Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Aktion auf Unionsebene für satellitengestützte persönliche Kommunikationsdienste in der Europäischen Union

KOM(95) 529 endg.; Ratsdok. 11935/95

A

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Union und der Ausschuß für Innere Angelegenheiten

empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Überwachung der satellitengestützten persönlichen Kommunikationsdienste für Zwecke der Strafverfolgung bereits zum Zeitpunkt ihrer Einführung sachgerecht gewährleistet wird.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

In der Vergangenheit war es von der Bundesregierung versäumt worden, rechtzeitig bei der Einführung neuer Telekommunikationstechniken (digitale Funktelefonnetze) deren Überwachbarkeit sicherzustellen und auf die Kostentragung für die hierzu erforderlichen technischen Vorkehrungen durch die privaten Betreiber hinzuwirken. Diese negativen Erfahrungen sind Anlaß, die Bundesregierung aufzufordern, diese Fragen bei der Einführung künftiger Kommunikationsdienste zu beachten.

Ausgeliefert am 30. JAN. 1996

B

2. Der Ausschuß für Verkehr und Post und
der Wirtschaftsausschuß
empfehlen dem Bundesrat, von der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Kenntnis zu nehmen.